



## **Beschluss des Kreisvorstands der SPD Breisgau-Hochschwarzwald zur Weiterleitung an den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**

Wir fordern **Gerhard Schröder**, Bundeskanzler a.D., dazu auf, unverzüglich von seinen Ämtern bei Rosneft und Nord Stream, sowie der Nominierung für den Aufsichtsrat von Gazprom zurückzutreten und sich von Vladimir Putin distanzieren.

Die demokratischen Staaten müssen zusammenstehen und klar benennen, wer Kriegstreiber ist. Die SPD als Friedenspartei hat hier eine klare Haltung, die von allen SPD-Größen unterstützt werden muss.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands soll, sofern diese Abgrenzung nicht geschieht, Gerhard Schröder zum Parteiaustritt auffordern. Ebenso soll er auf das vom Steuerzahler bezahlte Büro verzichten. Ggf. ist auch ein Ausschlussverfahren gegen das Mitglied Gerhard Schröder zu prüfen.

Anlass hierfür ist die Haltung und Verteidigung des von der Bundestagsfraktion als Kriegsverbrecher bezeichneten russischen Präsidenten Vladimir Putin. In den Augen des Kreisvorstandes der SPD Breisgau-Hochschwarzwald ist die Verteidigung sowie die Unterstützung eines Kriegsverbrechers mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unvereinbar.

Für den Vorstand

Birte Könnecke

Kreisvorsitzende